

Morin hat hoch gepokert – und gewonnen

Basel. Der grüne Justizdirektor hat schon früh öffentlich mit dem Amt des Stadtpräsidenten geliebäugelt

PATRICK MARCOLLI

Ein Grüner als Basler Stadtpräsident? Das hat Morin sich selbst ermöglicht – aber nicht nur. Vieles hat er auch den politischen Umständen zu verdanken.

Am 22. Februar 2007 war Guy Morin (51) noch ziemlich zurückhaltend. Die BaZ unterhielt sich damals mit ihm über die Verwaltungsreform, für welche er als Justizdirektor federführend war. Auf die Frage, ob er am neu geschaffenen Amt des Stadtpräsidenten Interesse habe, antwortet Morin: «Ich sage nicht, dass ich es nicht machen will. Aber das Amt wird ja auch parteipolitisch besetzt. Ich weiss nicht, ob ich als Grüner Chancen habe.»

Mit dieser sehr frühen Interessensbekundung, die er später noch bekräftigte, hat sich Morin sehr weit aus dem Fenster gelehnt. Er hat viel riskiert – und gewonnen. Die Wähler haben Morins Anspruch bei den Gesamterneuerungswahlen mit einem ausgezeichneten zweiten Platz untermauert.

KONSTELLATIONEN. Dass er nun aller Voraussicht nach erster Stadtpräsident werden wird, hat Morin aber auch äusseren Umständen und für ihn unbeeinflussbaren personellen Konstellationen zu verdanken. Hätten die beiden langjährigen SP-Regierungsräte Barbara Schneider (Bau) und Ralph Lewin (Wirtschaft und Soziales) nicht beide ihren Rücktritt auf Ende dieser Amtsperiode bekannt gegeben, wäre wohl einer von ihnen in der besseren Position gewesen als Morin.

Zum anderen haben die traditionellen bürgerlichen Parteien mit dem Verzicht auf eine vierte Regierungskandi-

datur die kampflose Preisgabe des Präsidentsdepartements zumindest signalisiert. Ein bürgerlicher Amtsinhaber – Christoph Eymann (LDP) oder Carlo Conti (CVP) – hätte sich in der Regierung wie auch im Parlament einer rot-grünen Mehrheit gegenübergesehen und keinen leichten Stand gehabt.

AUS DEM SCHATTEN. Guy Morin also. Der grüne Justizdirektor, der sich gestern im Gespräch mit der BaZ sehr erfreut über die Rückendeckung von Sozialdemokraten und BastA! zeigte. Der aber sofort durchblicken liess, dass er gewillt ist, aus dem Schatten der übermächtigen SP hervorzutreten und als Grüner ein eigenes Profil zu entwickeln. «Ich bin in manchen Fragen liberaler und weniger etatistisch eingestellt als die SP», sagt Morin. Hier bestehe für ihn die Chance zur Profilierung. Man erinnere sich an Morins Nein auf die Frage, ob es zusätzliche Gesetze und Verbote brauche, zum Beispiel gegen Littering.

Der frühere Hausarzt sieht sich als Aussenpolitiker, als jemand, der stärker als andere dem regionalen Denken verpflichtet ist. Dieser regionale Ansatz ist es auch, der ihm auf die Frage nach seiner Vorstellung von Kulturpolitik in den Sinn kommt – denn als Vorsteher des Präsidentsdepartements wird er oberster Basler Kulturverwalter. Regional denken heisse: Die städtische Kultur in die Agglomeration tragen und dafür etwas vom Umland zurückzubekommen. Auf jeden Fall brauche die staatliche Kulturpolitik mehr Schwung, sagt Morin unumwunden. «Sie hat Aufholbedarf.»



Premiere. Guy Morin (Grüne) wird als Erster dem Präsidentsdepartement vorstehen. Foto Roland Schmid

«Stadtpräsident» statt «Regierungspräsident»

BEZEICHNUNG. Der künftige Vorsteher des Basler Präsidualdepartements wird formal richtig Regierungspräsident genannt. Die BaZ hat in der Vergangenheit bewusst vom Stadtpräsidenten («Stapi») geschrieben, um das neue, mit einem Departement und eigenen Dienststellen ausgestattete Amt vom bisherigen im Jahresturnus gewählten Regierungspräsidenten deutlich zu

unterscheiden. Wir halten auch weiterhin am Begriff «Stadtpräsident» fest, auch wenn damit die kantonale Funktion und die Vertretung der Landgemeinden zumindest begrifflich ausgeschlossen werden. Sie sind aber immer mitgemeint. Der BaZ geht es darum, die neue Funktion des «Stapi» zu verdeutlichen; zu zeigen, dass der Basler «Stapi» mehr in seiner politischen und repräsentativen Funktion gleichgestellt werden kann mit seinen Stadtpräsidenten-Kollegen in anderen Schweizer Städten. map

Die neuen Aufgaben

PRÄSIDIALDEPARTEMENT. Das Regierungspräsidium ist für die Leitung, Planung und Koordination der Arbeit des Regierungsrates sowie dessen Vertretung nach innen und aussen verantwortlich. Zum Präsidualdepartement gehören ab kommendem Jahr die Staatskanzlei, die Kultur, die Stelle für Aussenbeziehungen, das Gleichstellungsbüro, das Statistische Amt und das Staatsarchiv. Ein neuer Bereich, Kantons- und Stadtentwicklung, soll die langfristige und übergeordnete Planung des Kantons sicherstellen. Weiter kommen die Fachstelle Wohnen, die Staatliche Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten und das Stadtmarketing hinzu. rs